

G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs

Am 17. und 18. März kamen die Finanzminister und Notenbankchefs aus den 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländern zum regelmäßigen Treffen der G20 in Baden-Baden zusammen. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann forderte vor dem Treffen, dass sich die Mitglieder der G20 weiter auf dem Prinzip der offener Märkte und eines grenzüberschreitenden Handels verpflichten sollen. Zudem sei es eine große Errungenschaft gewesen, nach der Finanzkrise nicht dem Protektionismus zu verfallen, um die nationale Wirtschaft anzukurbeln. Auch hofft Weidmann auf einen schnellen Wiedereinstieg der Verhandlungen über das Basel III Abkommen, welche zurzeit auf Eis liegen, da die Position des US-Chef-Verhandlers zurzeit nicht besetzt sei, wie Reuters berichtet.

In der Abschlusserklärung des Treffens heißt es: „Wir arbeiten daran, den Beitrag des Handels für unsere Volkswirtschaften zu stärken“. Diese Formulierung kann jedoch vielbedeutend sein oder nichts heißen, da selbst die oftmals geforderten protektionistischen Maßnahmen des US-Präsidenten Trumps in diesem Satz gedeckt seien, schreibt das Handelsblatt. In diesem Jahr hat es das sonst traditionelle Bekenntnis der G20 „Protektionismus zu widerstehen“ nicht in die Abschlusserklärung geschafft. Dies hätte der US-Finanzminister Steven Mnuchin verhindert, berichtet das Handelsblatt weiter. Mnuchin äußerte sich diesbezüglich, dass die bisher verwendete Sprache bei den G20-Treffen „nicht wichtig“ sei und man den Wunsch gehabt habe, die Formulierung zu ändern. Washington bekenne sich zwar zu offenen Märkten und einem freien Welthandel, doch solle dieser fair und ausgewogen sein. Zurzeit fühlt sich die USA benachteiligt, und sieht Gefahren für den heimischen Arbeitsmarkt, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Beim Treffen habe es eine breite Unterstützung für offene Märkte gegeben, doch konnte kein gemeinsamer Konsens über die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen getroffen werden, gab Jens Weidmann nach dem Treffen an. „Das ist kein gutes Ergebnis für dieses Treffen“ wird Weidmann von einem G20-Vertreter aus der Sitzung zitiert. Weidmann bedauere es sehr, kein Kompromiss, trotz fiebriger Bemühungen, gefunden zu haben wie ein ungenannter G20-Vertreter angab, so Die Zeit. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wertete den G20-Gipfel dennoch als Erfolg. Die Zusammenarbeit der G20 sei „eher gestärkt als geschwächt“ worden und es habe Übereinstimmungen gegeben, dass „wir uns von Währungsmanipulationen zurückhalten und keinen unfairen Wettbewerb wollen“, auch wenn die Vereinbarungen „in der Sache nicht sehr weiterführend waren“, so Schäuble.

Fortsetzung auf Seite 2

Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:
 13. März bis 19. März*

Vizechefin der Bank of England tritt zurück

Dienstag, 14. März – Nach wenigen Tagen im Amt tritt die Vizechefin der Bank of England, Charlotte Hogg, zurück. Ein Parlamentsausschuss habe Hogg als ungeeignet für das Amt bezeichnet. Sie unterläge möglicherweise einem Interessenkonflikt, da ihr Bruder bei der Großbank Barclays arbeitet. Hogg ist als Vizechefin der Bank of England für Geldhäuser und Märkte zuständig und die Großbank Barclays unterliegt der Aufsicht der BoE. Notenbankchef Mark Carney teilte am Dienstag mit, dass man das Rücktrittsangebot „mit großem Bedauern“ angenommen habe, so Reuters.

US-Notenbank erhöht Leitzins

Mittwoch, 15. März – Die US-Notenbank hat am Mittwoch den Leitzins um 25 Basispunkte auf eine Spanne von 0,75 bis 1,0 Prozent erhöht. Die Inflationsrate im Februar betrug 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, auf dem Arbeitsmarkt herrscht mit einer Erwerbslosenquote von 4,7 Prozent quasi eine Vollbeschäftigung, die Löhne steigen und würden künftig durch die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften weiter steigen. Die steigenden Löhne gelten als sicherer Inflationstreiber, so dass die Fed einige Gründe hatte, den Leitzins anzuheben.

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
11. Kalenderwoche

Neben dem Freihandel bekennen sich die die Vertreter der G20 zum Klimaschutz, doch auch diesen Punkt hätten die USA blockiert. Bereits während des Wahlkampfes hatte der US-Präsident Donald Trump den Klimawandel als Fiktion bezeichnet und eine Aufkündigung des Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 angekündigt. Der französische Finanzminister Michel Sapin bedauerte, dass in beiden Punkten keine Einigung erzielt werden konnte, da es sich bei beiden Themen um "zwei absolut essenzielle Prioritäten in unserer heutigen Welt" handle.

Hintergrund | G20-Treffen; Freihandel; Klimaschutz

>>[Zeit Online: USA verhindern G20-Bekanntnis zum Freihandel](#)

>>[Handelsblatt: Der Freihandel geht baden](#)

Doch von einer Normalisierung könne noch nicht die Rede sein. Der reale Zins beträgt nach Berechnungen der Fed zurzeit 0 bis 1 Prozent, daraus würde, mit der Hinzunahme einer angestrebten Inflationsrate von zwei Prozent, ein approximierter nominaler Zinssatz von etwa drei Prozent resultieren, berichtet die WirtschaftsWoche.

Millionenstrafe für Kartell

Freitag, 17. März – Die EU-Kommission hat in einem Beschluss eine Strafe über 776 Millionen Euro gegen elf Airlines erlassen. Zwischen 1999 bis 2006 sollen diese ihre Preise bei Kerosin- und Sicherheitszuschlägen für Frachtflüge abgesprochen haben. Das Verfahren wurde schon 2005 aufgrund von Informationen der Lufthansa in Gang gebracht. Bereits 2010 hatte die EU-Kommission Strafen in Höhe von 799 Millionen Euro gegen die elf Fluglinien erlassen, gegen die jedoch zehn Airlines klagten. 2015 kippte das EU-Gericht die Strafe wegen Verfahrensmängeln.

Zahl der Woche

2,3 Prozent

mehr Lohn sollen Stahlkocher ab dem 1. April bekommen. In der Nacht zum Freitag kam es zu einer Einigung bei Tarifverhandlungen, wie der Arbeitgeberverband Stahl am Freitagmorgen in Düsseldorf mitteilte. Reuters